

Politik

Zu lasch

Die Handelskammer ist gar nicht zufrieden mit dem Gesetzentwurf, der noch vor Ende des Jahres verabschiedet werden müsste, damit die „Schuldenbremse“, der Zwang zu einem ausgeglichenen Staatshaushalt, fristgemäß in die luxemburgische Gesetzgebung übernommen wird. Der Bestimmung werde kein Verfassungsrang eingeräumt und die „règle d'or“ soll im Gesetz hinter einem unauffälligen Verweis auf den europäischen Stabilitätspakt versteckt werden. Dagegen fordert die Handelskammer, dass auch dem Zentralstaat ein Defizitverbot auferlegt werde, was zu drastischen Steuererhöhungen oder Ausgabenkürzungen führen würde. Ihre Hoffnungen, dass der Gesetzentwurf noch abgeändert wird, kann die Handelskammer nun an die neue Parlamentsmehrheit knüpfen. rh.